Es reicht, BSZ

Nr. 61 26. Mai 1970

Herr Schultz!

Big Boß und Kindertagesstätte

Damit Sie wissen, worum es geht: Die Kindertagesstätte — „Kitag" — ist eine Einrichtung des Studentenwerks, in der zur Zeit an die 150 Kinder betreut werden. Davon sind 68 % Kinder von Studenten.

Besagter Herr Schultz ist seines Zeichens Geschäftsführer des Studentenwerks und somit auch der „Kitag". Damit ist seine Stellung aber bei weitem noch nicht hinreichend gekennzeichnet. Er ist der Mann, von dessen Gunst und Gnade das Schicksal der „Kitag" abhängt, ein absoluter Fürst.

Indem er seine Machtposition scheinbar bombensicher ausgebaut hat, weil er ein Meister in der Kunst der Manipulation ist, der die Hohe Schule der Verschleierungstechnik virtuos beherrscht, hat er es verstanden, in gewissen Kreisen den Eindruck zu vermitteln, er sei unersetzlich. Dieser Irrglaube muß schleunigst richtiggestellt werden. Was gebraucht wird, und zwar dringend, ist nämlich nicht ein „Ersatz" für Herrn Schultz, sondern ein Geschäftsfhrer, der

a) seine Kompetenzen nicht überschreitet und

b) imstande und bereit ist, ggf. über alle wirtschaftlichen Vorgänge im Zusammenhang mit der „Kitag" genauestens Rechenschaft abzulegen.

Denn schließlich geht es in der „Kitag" drunter und drüber:

● Was die Erziehung der Kinder betrifft, so besteht überhaupt kein Konzept. Das wird deutlich, wenn man sich Herrn Schultz' Vorstellung über Sinn und Zweck der „Kitag" vor Augen führt: Nach ihm geht es in erster Linie darum, „den zunächst befaßten Eltern eine mit deren Auffassung hinsichtlich der Erziehung ihrer Kinder in Einklang zu bringende Betreuung zu vermitteln, um die Ausbildung, die Weiterbildung und die Berufsleistung für die Eltern zu gewährleisten". Die Betonung liegt bei „Kinderverwahranstalt", denn die Andeutung, es könne bei fast 300 Eltern eine gemeinsame Auffassung von Kindererziehung geben, ist doch wohl ein schlichter Scherz.

Diese Konzeptionslosigkeit in Sachen Kindererziehung nützt nun Herr Schultz nach Belieben aus: Ständig werden weitere Kinder aufgenommen, obwohl die Kapazitätsgrenze der Einrichtung längst überschritten ist — sie liegt bei 118 Plätzen! Die einzelnen Gruppen sind bereits viel zu gdoß, um eine sinnvolle Erziehungsarbeit zu gewährleisten. Daß es aber „nicht so genau darauf ankommt", zeigt sich schon daran, daß Herr Schultz gegen den ausdrücklichen und begründeten Willen der Gruppenleiterinnen — die schließlich, im Gegensatz zu ihm, eine pädagogische Ausbildung genossen haben — Kinder in bestimmte Gruppen „stopft", in die sie noch dazu altersmäßig überhaupt nicht passen. Dabei hat er den Eltern schriftlich zugesichert, Neuaufnahmen seien vom Einverständnis der jeweiligen Gruppenleiterin abhängig. Meldet die betr. Kindergärtnerin Bedenken an, dann heißt es: „Wenn Ihnen das nicht paßt, dann können Sie ja gehen", und: Ich kann Ihnen auch noch mehr Kinder da hereinsetzen."

Eine Kindergärtnerin, die sich in Kursen, Tagungen u. ä. weiterbilden will, muß es schon besonders clever anstellen. So etwas ist nämlich nicht selbstverständlich, sondern ein Luxus, den sich die Betreffenden regelrecht erkämpfen muß. Und wenn Herr Schultz die Teilnahme genehmigt hat, so heißt das noch gar nichts: zuweilen unterläßt er es einfach, sie anzumelden.

Angesichts der Tatsache, daß in einigen Gruppen das Betreuungspersonal nicht ausreicht, läge es ja nahe, weitere Kräfte einzustellen. Nichts leichter als das, sollte man meinen, wenn 4 Bewerbungen vorliegen. Weit gefehlt! Eltern, die sich eines leichten Befremdens nicht erwehren konnten — was auch durchaus jeweils die Form einer Beschwerde angenommen hatte — bekamen von Herrn Schultz zu hören, alle 4 Interessenten hätten plötzlich ohne Begründung ihre Bewerbung zurückgezogen! Fortsetzung Seite 2

Kambodscha-Demonstration – Erfolg der Marxisten-Leninisten

Unter roten Fahnen:

1000 DEMONSTRANTEN

Etwa tausend Demonstranten, unter ihnen eine Anzahl Arbeiter, zogen am Donnerstag durch das Arbeiterviertel am Springerplatz, um gegen den Überfall der US-Imperialisten auf Kambodscha zu demonstrieren. Zu dem Protest hatten KPD/ML und Rote Garde und von studentischer Seite der AStA der Ruhruniversität und das Gründungskomitee des SDS/ML aufgerufen. Auf zahlreichen Spruchbändern drückten die Demonstranten ihre Solidarität mit dem Kampf der Völker von Kambodscha, Vietnam und Laos sowie mit allen vom US- und Sowjetimperialismus unterdrückten Völkern aus.

An der Universität hatte bereits mittags ein teach-in stattgefunden, das gemeinsam vom SDS/ML-Gründungskomitee und dem AStA organisiert war.

Ein Genosse des Gründungskomitees des SDS/ML stellte dar, daß der US-Imperialismus bereits auf der absteigenden Linie steht. Ein System von 2000 Stützpunkten, die über die ganze Welt verbreitet sind, könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die imperialistische Bourgeoisie der USA in ernsten inneren und äußeren Krisen befindet. Diese schwierige Lage, im Inneren insbesondere verursacht durch den Druck des schwarzen Proletariats und der fortschrittlichen Intelligenz, zwingt die US-Imperitlisten zur forcierten Entfaltung einer konterrevolutionären Doppeltaktik. Dabei werden sie von den Sowjetimperialisten tatkräftig unterstützt. Lauthals führen die US-Imperialisten das Wort „Frieden" im Munde, „Frieden", der mit den Sowjetimperialisten am Verhandlungstisch arrangiert werden soll. Dieser „Frieden" jedoch bedeutet nichts anderes als einen „Frieden„, bei dem US- und Sowjetimperialisten die Welt annektieren, den revolutionären Kampf der Völker in den verschiedenen Ländern unterdrücken und überall die revolutionären Volksmassen beliebig ausplündern und morden. „Während Nixon ‚Frieden'schreit, überfällt er Vietnam, Laos und Kambodscha. Während Breschnjew „Frieden" schreit, überfällt er die Tschechoslowakei und das sozialistische China."

Praktische Solidarität mit den von den Imperialisten unterdrückten Völkern könne sich nur darin erweisen wenn man die Parole des Genossen Ho Chi-Minh konkret anwendet: **„Die Revolution in der Dritten Welt unterstützen, heißt für Euch konkret, die Revolution im eigenen Lande vorbereiten."**

Deshalb komme es darauf an, die revolutionäre marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse zu unterstützen. **Das können wir als Studenten am besten tun, indem wir uns im SDS/ML, der Studentenorganisation der KPD/ML organisieren.**

Niederlage der Revisionisten

Die D„K"P/Spartakus-Revisionisten polemisierten heftig gegen diese Analyse des SDS/ML-Genossen. Sie versuchten, die imperialistischen Überfälle der Sowjetrevisionisten auf die Volksrepublik China und die Tschechoslowakei aus der Welt zu lügen, und erklärten, die Sowjetunion sei die entscheidende Stütze aller gegen den Imperialismus kämpfenden Völker. Bezeichnend für den Opportunismus der D„K"P/Sartakus-Clique war es, daß sie sich in dieser Situation auf reaktionäre antikommunistische Pazifisten zu stützen versuchte und deshalb auch gegen die revolutionäre Parole „Für den Sieg im Volkskrieg" Sturm lief. Diese infamen Versuche der Augenwischerei seitens der Revisionisten wurde von vielen Studenten klar erkannt und entschieden zurückgewiesen. **Mit sehr großer Mehrheit wurde deshalb auch die von SDS/ML und AStA vorgelegte Resolution, die auch dem Sowjet-Imperialismus klar den Kampf ansagt, angenommen.**

Um 15 Uhr begann die Demonstration am Springerplatz. Der Griesenbruch rund um den Springerplatz ist eines der traditionsreichsten roten Bochumer Arbeiterviertel. **Deshalb war es richtig, daß sich der AStA hier klar der Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML, unterstellte.** Viele Arbeiterfamilien sahen vom Fenster aus zu, eine Anzahl von Arbeitern, Jugendlichen und Kindern reihte sich in den Demonstrationszug ein. Die Arbeiterkollegen wurden aufgefordert, zur Kundgebung auf den Springerplatz zu kommen.

Auf dem Springerplatz hielt ein Arbeitergenosse der KPD/ML die Kundgebungsrede. **Der Genosse betonte, daß der Kampf gegen den US-Imperialismus gleichbedeutend ist mit dem Kampf gegen das kapitalistische System der Bundesrepublik!** Deshalb scheuten sich die bei uns verantwortlichen Parteien auch nicht, die ganze Macht des Staates einzusetzen, wenn der Protest, wie in Westberlin, Hamburg und Frankfurt für ihre Begriffe gefährliche Formen annimmt. Die Regierung Brandt, die zu den Stützen des Kapitalismus zähle, könne also gar nicht an der Spitze der Massen stehen.

Kampf dem westdeutschen Kapitalismus

„So wie wir von der jetzigen SPD - Regierung innenpolitisch, außenpolitisch wie auch wirtschaftspolitisch verkauft werden, so werden aber auch wir Arbeiter in den Betrieben verkauft. D. h., wer in seinem Betrieb die Schnauze aufmacht, muß damit rechnen, daß er einen anderen Arbeitsplatz zugewiesen bekommt und damit zum 10. des Monats eine dünnere Lohntüte öffnen darf."

Der Genosse fuhr fort daß sich das alles unter den Augen der in Wirklichkeit **arbeiterfeindlichen Gewerkschaften** vollziehe. Auf SPD und Gewerkschaften, die die Arbeiterklasse und alle Werktätigen längst verraten haben, gebe es nur eine Antwort: **„Ob Arbeiter oder Student, ob Angestellter oder Schüler, ob Bauer oder Lehrling: Arbeiten, kämpfen und siegen wir zusammen! So wie in weiten Teilen der Welt, so in China, Vietnam und Kambodscha sich die Ideen Mao Tsetungs durchgesetzt haben, so wie in Asien, Afrika und Südamerika für diese Ideen gekämpft wird, so müssen und werden sich die Völker Nordamerikas und Europas mit diesen kämpfenden Völkern solidarisieren und beweisen, daß die Ideen Mao Tsetungs stärker sein werden als alle imperialistischen Panzer und Bomben zusammen! So wie schon in China die Revolution von den Massen der Werktätigen getragen wurde, so kann es auch bei uns nur bedeuten, daß die Arbeiterschaft sich an die Spitze des Kampfes stellen muß. Denn nur wenn der Arbeiter die Spitze der Revolution übernimmt, wird er in der Lage sein, diese Bewegung im Sinne aller Werktätigen zu führen."**

Disziplin und Geschlossenheit

Störmanöver der Revisionisten konnten sich nach dieser Rede natürlich nicht durchsetzen. Aber auch anderen paßte diese Demonstration nicht: Bochums Polizeipräsident Hardenberg, einem eigens aus Bonn angereisten Regierungsrat und der gesamten bürgerlichen Presse (siehe auch „Pressebericht erstattung"). Die disziplinierte Geschlossenheit des Demonstrationszuges bot ihnen keinen erwünschten Anlaß zu Provokationen und Übergriffen. Nur ein wildgewordener Kleinbürger wagte es, an einer Stelle Knallkörper in die Demonstranten zu werfen ...

Diesmal bestand die große Mehrzahl des Demonstrationszuges noch aus Studenten, mehr und mehr Arbeiter werden aber künftig unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse das Bild solcher Demonstrationen bestimmen.

Auch eine Perspektive: Sie entspricht der WAZ-Manipulation.

PRESSEHETZE

Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht. (Mao Tsetung)

Tagtäglich gerät die bürgerliche Presse in die Zwangslage, über Ereignisse berichten zu müssen, die sie lieber totgeschwiegen hätte, seien es die wiederaufflammenden Klassenkämpfe in den Zentren der Monopolbourgoisie oder die wachsenden Befreiungskämpfe in der Dritten Welt. Tagtäglich gerät die bürgerliche Presse der BRD in die Zwangslage, z. B. über von Arbeitern angeführte Streiks und Aktionen berichten zu müssen, die sich nicht mehr sozial- oder christdemokratisch „pluralisieren" lassen, die nicht mehr totzuschweigen oder in Kleinstmeldungen zu verhackstücken sind; denn diese Streiks sind nicht mehr „zufällig" oder vereinzelte Unmutsäußerungen, sondern handfeste Kundgebungen der sich wieder selbstorganisierenden Arbeiterklasse und ihrer wiedererstarkenden Partei.

Westdeutschlands Presse, von WELT über WAZ bis FR, reagiert auf die sich so verändernde Lage stereotyp: Entweder versucht sie mit allen feuilletonistischen Mitteln die unübersehbaren Tatsachen zu verniedlichen oder mit marktschreierischer „Sachlichkeit" an die Emotionen ihrer Leser appellierend, dagegen zu mobilisieren.

Das Ziel ist klar: Es gilt zu verhindern, daß Informationen über den tatsächlichen Stand des Klassenkampfes in der BRD einer breiten Öffentlichkeit bekannt werden; es gilt, den wachsenden organisierten Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus zu verschweigen, oder, wenn dies auf Grund der wachsenden Intensität der Kämpfe nicht mehr möglich ist, diese als „illegal", „kriminell", „utopistisch" oder „gemeingefährlich" darzustellen; es gilt, die Massen der ausgebeuteten Arbeiter und manipulierten Kleinbürger bei der bürgerlichen Stange zu halten.

Wesentlichen Anteil an dieser Konteragitation haben die Lokalteile großer Tageszeitungen. Der zumeist noch vorwilhelminische Generalanzeigerstil dieser Lokalteile ermöglicht es noch immer der bürgerlichen Presse, die Berichterstattung über kapitalistisches Staatsunwesen gefährdende Aktionen zwischen unwichtigen Kleinstmeldungen und -reportagen verschwinden zu lassen, um auf diese Weise drohende Gefahren für die herrschende Anarchie teilweise unschädlich zu machen.

Beispiele aus der lokalen Berichterstattung der WAZ über die Kambodscha-Demonstration am 14. 5. zeigen, wie die bürgerliche Presse ihre oben genannten Ziele zu verwirklichen sucht. (Wir beschränken uns im wesentlichen auf die WAZ, weil ihr Lokalteil die höchste Bochumer Auflage hat.)

Berichterstattung der WAZ

Die WAZ bemühte sich krampfhaft (Überschrift: „Sonne war stärker als der MAO-Mond"), ihren Lesern folgendes klarzumachen:

— Die Demonstration war unwichtig, wirkungslos, nicht wert, zur Kenntnis genommen zu werden;
— Arbeiter demonstrierten nicht mit.

Dies zu beweisen, war der WAZ jedes Mittel recht; die wenigen Informationen, die die tatsächlichen Aussagen und Wirkungen dieser politischen Aktion in einem Arbeiterviertel erahnen lassen, wurden in einem Wust aus Zynismus feuilletonistisch verbrämter Lüge, Diffamierung und unhaltbaren bzw. fehlerhaften Zitaten erstickt.

Beispiele: **a) Zynismus**

Die Überschrift (s. o.) für sich betrachtet, läßt das krampfhafte Bemühen erkennen, die Demonstration um jeden Preis verniedlichen und lächerlich machen zu wollen. Betrachtet man sie jedoch im Zusammenhang mit der Transparentparole „Solidarität mit den kämpfenden Völkern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas", die auf dem unmittelbar unter der Überschrift abgebildeten Foto nachzulesen ist, — denn deren Lettern sind etwa so groß, wie die der Überschrift —, so wird schon auf den ersten Blick jene manipulative Gestaltung deutlich, die dann folgerichtig, im gesamten Artikel beibehalten wird.

So werden die friedlichen Demonstranten als „schlaffe Krieger" bezeichnet, bzw. als „schlaffe Demonstranten, die ... eher müden Kriegern auf dem Rückzug glichen, als aggressiven Gesinnungsverfechtern". So findet die WAZ, das Transparent „Polizisten laßt euch raten, schießt nicht auf Demokraten", sei „völlig überflüssig" gewesen. (Allerdings, die deutsche Polizei ist noch keine Nationalgarde; vorläufig schießt sie sich ja erst ein.)

b) die feuilletonistisch verbrämte Lüge

Um dem Leser die Demonstration so vor Augen führen zu können, wie es die WAZ und alle aufrechten „Demokraten" gern gesehen hätten, bzw. zu sehen haben, nämlich im Dunkeln, d. h. gar nicht, wird der Demonstrationsbeginn (15 Uhr) kurzerhand verschwiegen und ein bevorstehender Sonnenuntergang vom Himmel gelogen: „Als die Sonne im Westen über dem Griesenbruchviertel stand und sich langsam anschickte, unterzugehen ...", und: „für die geplante Demonstration spendete nicht einmal ein Halbmöndchen spärliches Licht: . . ." Der kretinistische Verschleierungsversuch entlarvte sich im letzten Satz des Artikels dann selbst: „Die Sonne schien immer noch." (Sowas nennt man Solidarität, liebe WAZ.)

c) Die Diffamierung

Besonderes Kopfzerbrechen bereitete der WAZ die Tatsache, daß Arbeiter und Lehrlinge mitdemonstrierten. Sie fand, Kiesinger sei Dank, einen Ausweg: Die Lehrlinge werden ausgeklammert und die Arbeiter in Phänomene verwandelt: verständlich, daß nach dieser WAZ-Aktion einziger Kundgebungsredner nur noch ein sog. Arbeiter sein kann, „der ‚Arbeiter' Friedrich Blankenburg".

d) das „authentische" Zitat

Eingeleitet wird dieser phänomenale Passus, indem man den Spezialisten für Metaphysisches, den KK-Apologeten Martin Stankowski — aus Meschede, der sich im übrigen zur fraglichen Zeit in Berlin aufhielt — zitiert; der Zufall(?), daß man ihn auch noch fehlerhaft zitiert (statt: Arbeiter, Arbeit), macht die Farce perfekt: „Bei dieser Demonstration beträgt der Anteil der Arbeit nur ein Prozent."

Abgesehen von der schlampigen Redaktionsarbeit (weitere Beispiele s. u.), muß man fragen, inwieweit es angebracht ist, freudsche Spekulationen dahingehend anzustellen, ob dieses Zitat die Demonstration besten WAZschen Journalismus' weitgehend und ausreichend charakterisiert ...

e) Stilblüten

„Statt dessen reagierte stumpfe Dialektik. Auch die D„K"P rührte im roten Töpfchen.

„Der Lautstärke entsprechend ein fußballgerechter 1:1."

f) politische Polizei

Zwei Sätze, kurz vor Schluß, belegen dann endgültig, wie „unwichtig" die Demonstration tatsächlich für einige Leute war: „Die politische Polizei war dabei und filmte den Zug. Aus Bonn war ein Regierungsrat angereist als Beobachter." Erstmalig.

Berichterstattung der RN und WR

Der RN-Schreiber Mk bedient sich eines ähnlichen Jargons wie die WAZ. Wie diese fällt auch er seiner eigenen Verschleierungstaktik zum Opfer. So löst er das Problem, die für die bürgerliche Propaganda unpassenden demonstrierenden Arbeiter wegretuschieren zu müssen, wie folgt: Unterzeile der Überschrift: „Die ‚Rote Garde' mobilisierte kaum Arbeiter"; dann im vierten Passus seines Erlebnisberichtes: „Die Arbeiter freilich, für Fortsetzung Seite 2

Studentenschaft -international

In vielen Ländern wurde gegen den amerikanischen Imperialismus und die faschistischen Terrorakte demonstriert, die der imperialistische Staatsapparat der USA noch immer fortlaufend am eigenen Volk begeht. Das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den fortschrittlichen Studenten ist dabei weiter gefestigt worden.

England

An der englischen Universität Oxford kam der britische Außenminister nicht zu Wort, der vor der Oxford Union den US-Überfall auf Kambodscha rechtfertigen wollte. In Sprechchören forderten Hunderte von Studenten den Rücktritt des sozialdemokratischen britischen Erfüllungsgehilfen der amerikanischen Imperialisten. In der Londoner Albert Hall protestierten Hunderte von Studenten und Arbeitern gegen eine Rede von Premierminister Wilson. Die Nixonfreundliche imperialistische Politik der britischen Regierung verspüren die englischen Arbeiter in einer verschärften konzertierten Aktion. In London fand eine Massendemonstration vor der amerikanischen Botschaft statt. Die Polizei ging brutal gegen die Demonstranten vor.

Spanien

In Spanien, wo das Demonstrieren angesichts des faschistischen Charakters des Franco-Regimes besonders gefährlich ist, gingen Hunderte von Studenten auf die Straße. Sie verbrannten eine amerikanische Fahne und hißten an Bäumen und Laternenmasten rote Fahnen.

Italien

In der Fiat-Metropole Turin haben marxistisch-leninistische Studentengruppen gemeinsam Demonstrationen gegen den US-Imperialismus und alle seine Lakaien durchgeführt. Auch dieser Demonstrationszug wurde bei seiner Auflösung von Polizeieinheiten überfallen, die mit Gewalt gegen die nicht mehr in festen Gruppen befindlichen Teilnehmern vorgingen und neben Demonstranten auch ahnungslose Passanten verletzten bzw. verhafteten.

USA

In den USA haben Polizei und Nationalgarde weitere Menschen, die gegen Klassenunterdrückung und Imperialismus demonstrierten, eiskalt ermordet. Die faschistischen gewalttaten der „Ordnungs"kräfte lassen zwei Tendenzen deutlich sichtbar werden: 1. Die zunehmende Verlagerung des physischen Terrors auf die Massen des augenblicklich am konsequentesten kämpfenden schwarzen Proletariats. Die Massaker von Augusta, wo sechs Neger durch Schüsse in den Rücken ermordet wurden, und von Jackson, wo bei Demonstrationen gerade ein Wohnheim schwarzer Studenten beschossen und zwei Bewohner getötet und zehn verletzt wurden, sprechen eine deutliche Sprache. Der entschlossene Kampf aller antiimperialistischen Kräfte beweist jedoch, daß sich die Massen durch diese Manöver des Nixon-Regimes und seiner Gouverneure und Polizeichefs nicht einschüchtern lassen.

2.: Polizei und Nationalgarde haben nicht einmal mehr ein Minimum an Scheu, in offensiven Aktionen und hinterrücks Menschen umzulegen. Um die Morde nach außen hin zu rechtfertigen, haben die faschistischen Killertrupps die Legende von den „Heckenschützen" erfunden, die überall die Polizei unter Feuer nähmen usw. Dieses Heckenschützenmärchen wurde schon in Kent widerlegt (vgl. BSZ 60, Extra). In Jackson nun sollen wieder Heckenschützen aus dem Studentenwohnheim gefeuert haben und in Augusta sollen mordwütige Banden die Polizei mit Waffengewalt angegriffen haben. Wie reimt sich das wohl mit der Tatsache, daß der Tod sämtlicher sechs Neger in Augusta durch Einschüsse in den Rücken eintrat? Daß die Staatsorgane der USA systematisch die Tatumstände fälschen wenn ihre Einsätze blutig enden, beweist die „amtliche" Behandlung der Ermordung der beiden Black-Panther-Führer Fred Hampton und Mark Clark, die im Dezember 1969 von der Polizei in ihren Betten erschossen wurden. Seinerzeit hatte die Polizei von Chicago behauptet, die Beamten seien mit der Waffe angegriffen worden, während sie ins Haus eindrangen. Jetzt hat eine Untersuchungskommission berichtet, daß die Polizei 82 bis 99 Schüsse abgegeben haben, während seitens der Black Panthers nur ein Schuß fiel. Die Polizei hat in offensiver Manier eine Ausrottungsaktion vorgenommen (vgl. BSZ Extra, Dez. 69).

Inzwischen wird an den amerikanischen Universitäten die Indochina-Kampagne weiter vorangetrieben. Zu Demonstrationen und straßenschlachten ist es in den vergangenen Wochen unter anderem in Chikago (15.000), Denver (12.000), Champaign, Blaine, Albuquerque, Saint-Paul und anderen Univer: sitätsstädten gekommen.

An vielen Universitäten der USA wird der Generalstreik der Studenten weiter verfolgt. Eine dreitägige Konferenz der studentischen Streikführer wurde an der Yale-Universität in New Haven in Connecticut mit dem Aufruf zu einem „Sommer des Widerstands und der Befreiung" beendet.

Mit welchen Mitteln die Staatsgewalt in den USA auch vorgeht, der antiimperialistische Kampf der fortschrittlichsten Teile der Studenten und der Arbeiterklasse geht weiter.

Argentinien

Im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen den amerikanischen Imperialismus wurde in Cordoba die größte argentinische Tageszeitung „Cronica" verboten. Die Zeitung hatte über die Erschießung eines Studenten bei dieser Demonstration berichtet, obwohl die staatlichen Behörden den Tod des Kommilitonen geleugnet hatten.

ASSISTENTENSTREIK:

Hauptseite negativ

Am Freitag, 15. 5., haben die Assistenten der RUB ihren 14tägigen Streik planmäßig beendet. Am Rande dieses Streiks ist eine Zusage von NRW-Ministerpräsident Kühn zu vermerken, die Zielvorstellungen des Kultusminister-Konferenz-Papiers hinsichtlich der Personalkörperstruktur des Mittelbaus seien lediglich „Gegenstand weiterer Erörterungen" und man werde in Zukunft vor weiteren Beschlüssen miteinander sprechen. Seitens Kühns war dies nichts weiter als ein billiger Abwiegelungsversuch, den sich die Assistentenschaft erwartungsgemäß einhandelte. **Die antibürokratische Studentenbewegung hat noch und noch die Erfahrung gemacht, was bei kompromißlerischem Taktieren herauskommt: vollkommene Verunsicherung, Versöhnlertum, die Bereitschaft, den Kampf wieder auf die Ebene der „Legalität" zu verdrängen und schließlich Demobilisierung und völlige Niederlage, die durch Trostbonbons versüßt wird.**

Gerade an der RUB mußte die Studentenschaft einen solchen Kelch bis zur Neige auskosten: **Im Kampf gegen das SPD-Hochschulgesetz für NRW ließ sich der AStA Kasper/Boulboullé (SHB) von CDU-Biedenkopf mit dem Angebot einer „Verfassung" hereinlegen, die sich vom Hochschulgesetz kaum unterscheidet. Die Unterzeichnung dieser Verfassung durch die genannten Opportunisten hat den politischen Kampf der Studenten ungeheuer zurückgeworfen, demobilisert, in „legitimierte" Gremien verwiesen. Die Legalisierung dieser technokratischen Verfassung ist ein schwerer Schlag gegen die Interessen der Studenten.** Um den Assistentenstreik politisch zu bewerten, darf man sich nicht auf Zusagen wie die von Kühn oder Kommentare der bürgerlichen Presse beschränken: Das eine wie das andere sind Windeier für die Assistentenschaft. Vielmehr kommt es darauf an, positive und negative politische Seiten innerhalb des Streiks als eines politischen Kampfes herauszustellen und die hauptsächliche Seite zu bestimmen.

Zur positiven Seite:

Streiken heißt, berechtigte Interessen der unterdrückten Klassen und Schichten des Volkes durch Arbeitsverweigerung durchzusetzen. **Wenn eine Schicht des Volkes, der ein feudal-orientiertes Gesetz wie das Beamtenrecht, den Streik verweigert, eben zu den Mitteln des Streiks greift, um für die eigenen Interessen zu kämpfen, dann liquidiert sie bewußt oder unbewußt den Anspruch dieses Anti-Streikgesetzes, verbindliches Recht zu sein. Wie immer einzelne Streikforderungen beurteilt werden müssen, der Kampf um das Streikrecht selbst ist die entscheidende und grundsätzlich fortschrittliche Forderung des Assistentenstreiks.** Wie die dem Kapital hörige Staats- bzw. Kommunalbürokratie auf solche Forderungen zu reagieren pflegen, bewies die Einschüchterungsaktion der Polizei, in deren Verlauf ein Transparent auf dem Uni-Gelände „als Beweismittel" beschlagnahmt wurde. Die Polizei erklärte, nicht von Unibehörden gerufen worden zu sein. Von wem also? Und was sollte überhaupt der „weltrevolutionäre" Text des Transparentes beweisen: „Hier verbaut das Land die Zukunft der Hochschule"?

Im Verlauf des Streiks wurde folgender Widerspruch innerhalb der Streikfront sichtbar: Auf der einen Seite gab es einen Streikrat, der sich bemühte, die Streikfront zu stärken und den Streik bis zum Ende durchzuführen, dem es bei diesem Streik hauptsächlich um den politischen Kampf selbst ging. Dieser Streikrat war viel zu spät und erst auf Druck der Assistentenvollversammlung gewählt worden. Ursprünglich wollte der Vorstand der Assistentenschaft mit den Herren Kamphausen, vor allem aber Renesse und Westphalen, selbst die Streikleitung innehaben. Dabei war bei diesen Herren das hauptsächliche Motiv für den politischen Kampf opportunistisch und karrieristisch. Die Herren wollten sich als SPD-Mitglieder durch einen von ihnen geführten Streik für „höhere" Aufgaben empfehlen. Ein Ziel, dem Herr Westphalen inzwischen ein gutes Stück nähergekommen ist. Nachdem er zum Sprecher der Bundesassistentenkonferenz gewählt wurde, gilt er jetzt als aussichtsreicher Kandidat für den Gründungsrektor der Universität Bremen. Bei Leuten wie Westphalen oder FU-Präsident Kreibich handelt es sich fast immer um sozialdemokratische „Strukturveränderer", deren „Reformen" nichts anderes sind als kosmetische Umfrisierung von Machtstrukturen für monopolitische Profitinteressen, ohne Rücksicht auf die Interessen der dem Kapital Unterworfenen. Technokraten è la Westphalen, Renesse und Konsorten setzen sich an die Spitze von „Reformbestrebungen", die die Folge von Unterdrückung und Revolten an der Basis sind. Den Betroffenen an der Basis machen sie weis, ihre „Reformen" seien die Abhilfe gegen das Übel. In der Regel propagieren sie, man müsse „realistisch" sein, und suchen mit bürokratischen Tricks und rhetorischer Raffinesse über ihre wahren Ziele und ihren Karrierismus hinwegzutäuschen. **Als „nützliche Idioten" bedienen sie sich insbesondere der reformgläubigen Assistenten und Studenten. Sollte Westphalen in Bremen zum Gründungsrektor gewählt werden, — er wird es mit Hilfe der demokratisch gemeinten Assistenten- und Studentenstimmen. Dafür ist er „selbstverständlich" ein Verfechter der Drittelparität.**

Um so positiver muß bewertet werden, daß im Verlauf des Streiks der Streikrat dennoch weitgehend die Initiative behalten hat. Als Kampfinstrument der Assistetnenschaft organisierte er die disziplinierte und planmäßige Durchführung des Streiks. Er sorgte für eine laufend besetzte Info-Zentrale, für eine Streikwache rund um die Uhr, für regelmäßige Erklärungen, für die Herstellung von Transparenten usw. Es gelang ihm, einen Teil der Assistenten für die praktische Arbeit zu gewinnen. Er schaffte es, Initiativen der Basis herauszufinden und zu propagieren.

Zwei Beispiele: Der Streikrat stellte sich hinter die Absicht der Mathematiker, die Großrechenanlage lahmzulegen. **Die Folge dessen war die weitgehende Lahmlegung des Lehrbetriebs selbst. Die Physiker brachten den Vorschlag ein, sich für den Fall der Denunziation einzelner Streikender durch die zuständigen Dekane beim Rektor kollektive selbst anzeigen.**
Die Mehrheit des Streikrats wandte sich gegen eine abwieglerische Politik nach dem Besuch einer Delegation bei Kühn auf dem Saarbrücker SPD-Parteitag und nahm die schwach werdenden Mitglieder dieser Delegation wieder an die Kandarrhe. Er bewirkte eine Presseerklärung für die Fortsetzung des Streiks. Der Streikrat verhielt sich streikoffensiv, indem er täglich zusammenkam, ständig überprüfte, wo der Streik nicht befolgt wurde oder abzubröckeln drohte. Er organisierte Delegationen, die mit den Abbröcklern oder Streikbrechern verhandelten **(nicht befolgt wurde der Streik zeitweise bei den Geowissenschaftlern, fortdauernd bei den Biologen und einem Teil der Wirtschaftswissenschaftler).** In Fragen, die die Durchführung des Streiks betrafen, bemühte er sich um eine gute Zusammenarbeit mit der Studentenschaft.

Die positive Rückwirkung dieser Standhaftigkeit des Streikrates erwies sich in der allgemeinen Solidarität der Assistenten während der Streikdauer.

Dieser Solidarität ist es zu verdanken, daß die Denunziationsdrohung der Dekane Meyer-Dohm WiWi) und Depenbrock (Elektrotechnik) weder zum Abbröckeln des Streiks noch zu seiner Verschiebung geführt haben. Inzwischen hat der erzreaktionäre Meyer-Dohm Renesse beim Rektor angezeigt. Renesse wird kaum etwas befürchten müssen, **die Solidarität der Assistenten wird seinem Prestige auch in der SPD weiterhelfen.**

Die negative Seite des Streiks:

Trotz des positiven kämpferischen Verhaltens während des Streiks fehlte den weitesten Teilen der Assistentenschaft ein klares politisches Bewußtsein — **von Marxismus / Leninismus scheint hier keiner je etwas gehört zu zu haben. Dies zeigte sich nicht nur in der Kambodscha-Frage, in der man sich von seiten des Streikrates verschiedene Klöpse gegenüber der Studentenschaft erlaubte. Dies wurde an verschiedenen Punkten im eigenen Bewußtsein gegenüber dem Streik deutlich. Naivität und Wankelmut gegenüber cleveren Reformisten à la Renesse und Westphalen reichten bis hinein in den Vorstand (Kamphausen).** Daß der Streik durchgeführt werden konnte, war zuerst ein Akt des Willens, aber kaum der politischen Wachsamkeit gegenüber den „Reformisten". Da konnte, ohne daß einer es durchschaute, ein Renesse aufgrund der bloßen Mitteilung, Dekan Meyer-Dohm habe ihm mit Denunziation gedroht, den Streikrat bewegen, eine Anzahl Selbstanzeigen in bürokratischem Legalismus dem Rektor zu übergeben. Eine der Renesse'schen Begründun-

gen war, die „Rechtslage" des Streiks müsse juristisch „klargestellt" werden, so, als habe man durch den Streik selbst nicht längst eine neue Rechtslage beansprucht und geschaffen.. **Damit gelang es diesen Herren abzuwiegeln, die einschränkende bürgerliche Gesetzlichkeit wieder ins Spiel zu bringen, an der ja den Reformisten" grundsätzlich gelegen ist. Und den Rückfall hinter schon längst Erreichtes unterstützte der Streikrat aus politischer Bewußtlosigkeit, in dem er karrieristischen Interessen den Vorzug gab vor den Interessen der Basis. Dafür handelte er sich ein Mißtrauensvotum auf der nächsten Vollversammlung ein, dieweil SPD-Renesse sein Ziel erreicht hatte.**

Außerordentlich negativ verhielten sich weite Teile der Assistentenschaft zur Kambodscha-Kampagne der Studentenschaft. In dieser Frage wäre es darauf angekommen, die 14tägige Aktionseinheit mit den Studenten zu festigen. Statt dessen wurden die Studenten als nützliche Idioten behandelt und ihre künftige Solidarität leichtfertig verspielt. **Auf einer Vollversammlung stimmten die allermeisten für Nichtbefassung mit einem Antrag, der die Verurteilung des US-Überfalles auf Kambodscha zum Inhalt hatte. Assistenten rissen anti-imperialistische Transparente der Studenten von den Uni-Wänden und erklärten, die Inhalte der studentischen Parolen könnten dem Inhalt ihrer eigenen Forderungen „außerordentlich abträglich" sein.** Dem AStA-Referenten Christian Holtgreve, der über den der Assistentenschaft geliehenen Lautsprecher Assistenten und Streikrat aufforderte, die eigene Versammlung aus Solidarität mit der Kambodscha-Demonstration zu verschieben und sich am Marsch durch ein Arbeiterviertel zu beteiligen, wurde von Assistentensprecher Uhle erklärt, das sei unmöglich, schließlich habe man die Presse eingeladen. Zwei BSZ-Redakteuren, die darauf hinwiesen, daß die Presse es gewohnt sei, Termine verschrieben zu müssen, und daß der Grund für die Haltung der Assistenten mangelnde Solidarität mit den Studenten in der Kambodscha-Frage sei, wurden Mikrophon und Redemöglichkeit entzogen.

Offenbar versteht man in der Assistentenschaft nicht, aus welchen Gründen sich die Studenten mit dem Streik solidarisiert haben. Daß fortschrittliche Studenten sich grundsätzlich und überall mit den Opfern von Unterdrückung und Ausbeutung solidarisieren und daß sie für diese Solidarität schon blutige Opfer gebracht haben. Gegenüber den Leichen vietnamesischer und kambodschanischer Bauern, gegenüber den ermordeten Studenten von Kent, Jackson, Augusta, Caracas, Kalkutta, Saigon usw. sind 18 Wochenstunden und herabgesetzte Qualifizierungsmöglichkeiten ein Witz.

Die Studenten werden daraus die Konsequenzen ziehen und künftig nur noch diejenigen Assistenten unterstützen, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung auch dann zu Felde ziehen, wenn es nicht ihr Portemonnaie und Filzpantoffeln betrifft. Sie werden sich auf die Seite derer schlagen, denen es in künftigen Kämpfen um fortschrittliche politische Ziele geht — sie werden aber alle Opportunisten, Heuchler, Karrieristen und Feiglinge entlarven.

Bei der Beurteilung des Assistentenstreiks ergibt sich die negative Seite als die Hauptseite. Diese negative Hauptseite dokumentiert sich als politisches Unvermögen, die gesellschaftliche Seite des Kampfes um das Streikrecht voll zu erkennen, als Unfähigkeit, die Rolle der Hochschule und damit auch die eigene Rolle im monopolistischen, imperialistischen Kapitalismus zu erkennen. Sie zeigt sich als komplettes Versagen, die Bedeutung des antiimperialistischen Kampfes auch nur zu empfinden. Die Bereitschaft, trotz starker Repressionen einen gut organisierten Widerstand zu leisten und durchzuhalten ist eine starke positive Nebenseite, **doch** überwiegen eindeutig die negativen **Motive: Egozentrismus, Eigennutz und Standesdünkel.**

Letzte Meldung:

Streik bei Opel

Montag Morgen legten die Kollegen bei Opel (Preßwerk) die Arbeit nieder. Nach einem Marsch durch andere Abteilungen schlossen sich fast alle Kollegen an. Es ging ihnen um zwei Forderungen: 1. Bewachung der Parkplätze, da serienweise Autos geknackt worden waren, 2. Lohnangleichung an das Rüsselsheimer Werk, da die Lohndifferenz ca. 1 DM beträgt. Die Werksleitung drohte sofort Entlassungen an, außerdem Nichtbezahlung der Streikzeit. Rechtsopportunistische Kräfte, die sich als „KPD/ML-Mitglieder" ausgaben, obwohl es sich bei ihnen um eine aus der Partei ausgetretene Fraktion handelt, stellten lächerlicherweise zu Beginn der Mittagsschicht die Forderung auf, die Löhne um 20 (!) Pf zu erhöhen, während selbst die revisionistische D„K"P" 1 DM forderte. Wie opportunistisch diese „hervorragenden Marxisten-Leninisten" waren, sieht man daran, daß sie am Morgen noch 14 Prozent gefordert hatten (eben auch ca. 1 DM).

Tabakhaus in der Hustadt

TABAK · PFEIFEN · ZEITSCHRIFTEN

LOTTO

BOCHUM, HUSTADTRING 51

Pressehetze

Fortsetzung von Seite 1

die letztlich ein Arbeiter im AStA-eigenen Wagen sprach, blieben weg." So einfach gehts.

Auch der „phänomenale" Aspekt der WAZ fehlt nicht, nur sind es für die RN keine „sog." Arbeiter, sondern „sog." Unterdrückte: „... sprach ein Arbeiter ... für die in unserem Staat „Unterdrückten". Das traditionelle „von drüben"-Trauma darf natürlich in der RN nicht fehle: „Bochumer Steppkes ... ließen sich von denen da drüben (so sagten sie selbst) die Fahnenstangen in die kleinen Hände drücken ..." Zufälligerweise sagen die von der WAZ interviewten Kinder fast dasselbe: „Die Fahne habe ich von drüben. Das Tragen macht Spaß." Sie meinten damit zwar den ein paar Schritte weiter stehenden AStA-Wagen, aber was solls, wenn die Ahnung des RN-Lesers, woher der „Frühlingswind", in dem „rote Fahnen flatterten" denn wehen könnte, nur bestätigt wird; derartige „Ahnungen" sind schließlich staatserhaltend.

Und die WR? „Die Glocken der katholischen Kirche in der Nähe des Springerplatzes hatten dreimal geschlagen, als man sich zögernd vom grünen Rasen erhob, rote Fahnen entrollte ..."

Parallelen zur WAZ? Eine Menge: Auch die WR übernimmt das Ergebnis des Einmann-Demoskopie-Unternehmens Stankowski, nicht so die RN. Auch die WR weiß den Namen des Arbeiters, der die Rede hielt, nicht so die RN; WAZ und WR wissen über Studenten zu berichten, die sich vom AStA manipuliert fühlten, nicht so die RN; WAZ und WR wissen über Studenten zu berichten, die sich vom AStA manipuliert fühlten, nicht so die RN. WAZ und WR scheinen ihre Gemeinschaftsarbeit auf dem Anzeigensektor ausgeweitet zu haben. Vorschlag: Hinzuziehung der ebenfalls „unabhängigen Tageszeitung" RN. Es wird doch wohl in den drei Redaktionen noch einige Journalisten geben, die wissen, wie gut eine gleichgeschaltete bourgeoise Presse funktioniert. Dabei ist Eile geboten. Wie zitierte doch die WR einen Demonstranten: „In der Arbeiterbewegung sind wir noch nicht soweit. Aber das kommt noch."

Es reicht, Herr Schultz!

Fortsetzung von Seite 1

Da kann man sich nur wundern. Und die nicht ganz fernliegende Überlegung anstellen, daß vielleicht kein Geld da ist, weil es vielleicht an anderer Stelle . . . verpulvert wurde?

● Denn gar seltsam muten die Vorgänge im finanziellen Bereich an:

Zunächst einmal gibt es in der „Kitag" drei Arten von Praktikantinnen:

— sie erhalten 90 DM mtl.,

b) 4-Wochen-Praktikantinnen

— sie erhalten (bei gleichem Arbeitsanfall) 20 DM mtl.,

v) eine Praktikantin mit Sonderstatus. Sie erhält jeden Monat eine Extra-Zuwendung von 300 DM — per Scheck!

Wie dieser Posten verbucht wird, ist ein Rätsel, muß es wohl auch bleiben, denn Herr Schultz schweigt sich hartnäckig aus, obwohl eine von der Elternschaft eingesetzte Kommission gerade in der Untersuchung solcher Fragen aktiv wurde. Aber der große Boß läßt sich nicht in die Karten sehen! Er stellt höchstens selbstverfertigtes und dementsprechend dubioses Zahlenmaterial zur Verfügung; doch dazu später.

Und was soll man ferner hiervon halten: Im letzten Sommer, vor den Ferien erhielten die Kindergärtnerinnen von Herrn Schultz persönlich und handschriftlich einen überaus freundlichen Brief („Hoffe Sie in alter Frische... weiter so harmonische Zusammenarbeit...") mit einer bemerkenswerten Anlage: einem 50-DM-Schein! **„Die Anlage soll ein kleiner Dank für Ihre Arbeit sein"**, schrieb Herr Schultz dazu. Natürlich — man freute sich; wunderte sich allerdings (wieder einmal) wenig später, als sich herausstellte, daß dieser Betrag genau der seit 5 Monaten ausstehenden Erhöhung des Ortszuschlages (monatlich um 10 DM) entsprach. Es versteht sich von selbst, daß der rückständige Ortszuschlagsanteil unter dieser Bezeichnung nie ausgezahlt worden ist.

Bis heute warten die Angestellten der „Kitag" auch auf die 8%ige Gehaltserhöhung von Januar 1970. Herr Schultz dazu: er habe noch nicht die schriftliche Auszahlungsanweisung erhalten. Bleibt nur die — mehr als vage — Hoffnung, daß die Zinsen einem guten Zweck zugute kommen!

Für Spiel und Beschäftigung der Kinder gibt Herr Schultz, wie er sagt, 110 DM aus (Pro Kind und pro Jahr). Aber wie! Anschaulich werden solche Zahlen erst, wenn man bedenkt, daß er z. B. für 2000 DM Montessouri-Material angeschafft hat. **Für diese erzreaktionäre Methode verschleudert er eine solche Summe!** Auf der anderen Seite aber liegt das Material herum und verstaubt, weil nur eine dementsprechend ausgebildete Kindergärtnerin damit arbeiten kann. Eine Montessouri-Kindergärtnerin gab in der „Kitag" allerdings einmal ein kurzes Gastspiel. Seitdem gibt es keine solche Kraft mehr. Was tut's! Schließlich befinden sich ja überflüssigerweise angeschaffte Gardinen u. ä. Einrichtungsgegenstände in den Abstellräumen. Man könnte immerhin vermuten, daß Herr Schultz derartige Käufe dennoch für vorteilhafte Geschäfte hält, weil sie ausschließlich bei Karstadt getätigt wurden; aber welches Interesse mag Herr Schultz wohl daran gehabt haben, **alles** in diesem einen Kaufhaus zu kaufen?

Den größten Gag hat er sich jedoch geleistet, als er die — bereits zu trauriger Berühmtheit gelangten — Verbrennungsöfen erstand: Besagte Geräte sollen zur Verbrennung von Zellstoffwindeln dienen. Eine nützliche Sache, sollte man denken. Nur schade, daß es keine Abzugsvorrichtungen für den dabei notwendigerweise sich entwickelnden Rauch gibt — und solche aus baupolizeilichen Gründen in Baracken auch nicht geschaffen werden dürfen! Da unsere Kinder ja schließlich nicht ersticken sollen, stehen nun die schönen Öfen (mindestens 3), da, ein stummer Vorwurf, denn: ihr stolzer Preis betrug pro Stück —sage und schreibe **2000 DM!**

Verheerend sind die Zustände auch auf der Einnahmeseite. Die Beiträge für die Kinder werden nach völlig undurchsichtigen Kriterien von Herrn Schultz festgesetzt. Das sieht dann beispielsweise so aus, daß Eltern, die beide noch studieren, teils 80 DM, teils 110 DM, teils 130 DM, teils 160 DM bezahlen müssen (die Summe von 160 DM mußte z. B. von einem ausländischen Ehepaar aufgebracht werden, dessen Einkünfte nicht einmal das Existenzminimum erreichen); ein Ehepaar (Ingenieur / Studentin) zahlt 40 DM, ein einzelner Student 65 DM, ein weiterer einzelner Student 100 DM, eine einzelne Studentin 120 DM. Dies ist schon aus einer von Herrn Schultz selbst verfaßten offiziellen Aufstellung ersichtlich. Von ihm — gegenüber der Untersuchungskommission — verschwiegen wird allerdings, daß von finanzstarken Eltern **monatelang** überhaupt keine Beiträge eingehen. Offenbar könnte das StW. auf die Eintreibung solcher Summen verzichten, wenn es sich um sozial Minderbemittelte handelt. Da aber über die tatsächliche wirtschaftliche Lage der Eltern Unklarheit herrscht, profitieren von diesem Schlendrian gerade auch die Finanzstarken. Das Wahrscheinlichste ist, daß dem Geschäftsführer die Fehlbeträge überhaupt nicht auffallen, denn er kommt nicht einmal auf die Idee, die Eltern nach dem Grund der Nichtzahlung zu fragen und ggf. die Förderung zu erlassen.

Manipulation

● Wenn dagegen der Fall eintritt, daß Herr Schultz Bescheid weiß, andere jedoch nicht Bescheid wissen sollen, dann gibt es das bewährte Mittel der Manipulation. Ein instruktives Beispiel dafür ist das umfangreiche Schreiben vom 29. 4. 1970, mit dem Herr Schultz auf die Aufforderung der Untersuchungskommission reagierte, die Beiträge nach der Höhe, den Namen der Kinder sowie den Beschäftigungsverhältnissen der Eltern aufzuschlüsseln. Dieses Papier, das sich den Anschein der Vollständigkeit gibt — Herr Schultz hat dazu nach eigener Aussage die Monate Januar, Juni und Dezember 1969 sowie Februar 1970 „detailliert aus den Unterlagen herausgezogen" — dieses Papier ist so lückenhaft, unpräzise und falsch, daß man sich nur fragen kann, welche Absicht dahintersteckt:

a) 12 Kinder sind „unter den Tisch gefallen";

n) Die Beschäftigungsverhältnisse der Eltern entsprechen nicht (mehr) den Tatsachen;

c) Die Angaben zur Beitragshöhe sind total wertlos, da nicht nach Halb- und Ganztagskindern aufgegliedert;

d) der Beitrag von 35 DM kommt überhaupt nicht vor, obwohl feststeht, daß er in (mindestens einem Fall von einem — verdienenden! — Ehepaar gezahlt wird;

e) die Namen der Kinder sind gar nicht erst aufgeführt. Dazu Herr Schultz: Das werde „sicherlich insofern verstanden, als diese Dinge einen gewissen Grad an Vertraulichkeit beinhalten und jeweils nur mit Zustimmung der Eltern offenzulegen sind".

Vertraulichkeit scheint überhaupt die Maxime einer derartigen Geschäftsführung zu sein. Herr Schultz selbst erklärt sich — wörtlich! — zu **eindeutigen** Antworten auf diese Frage außerstande.

Herr Schultz greift auch noch zu anderen Mitteln, um sich vor allzu tiefen Einblicken in seine Tätigkeit zu schützen:

Mitglieder der Untersuchungskommission wurden von ihm „verwarnt", indem sie auf angeblich bereits eingetretene schädliche Folgen ihrer Recherchen aufmerksam gemacht wurden. Herr Schultz behauptete einfach, einige Kindergärtnerinnen hätten bereits gekündigt! Als besorgte Eltern der Sache auf den Grund gingen, stellte sich heraus: alles gelogen! Herr Schultz, auf der Gruppenversammlung vom 29. 4. 70 in die Enge getrieben, erklärte nunmehr: „Mir liegen keine Kündigungen vor."

Psychoterror

● Und schließlich gibt es da noch Methoden, die man nur als schlichten Terror bezeichnen kann. Daß Kindergärtnerinnen, die mit der bei jeder Gelegenheit zur Schau getragenen Allgewalt von Herrn Schultz nicht einverstanden sind, einfach keine Mittel zur Anschaffung von Spielzeug mehr erhalten, ist noch vergleichsweise harmlos. Gibt es da doch noch den schönen Fall, in dem Herr Schultz eine Wohnung an eine Kindergärtnerin vermittelte, die mit ihrem Mann unverheiratet zusammenlebte. Dieser Umstand war ihm von Anfang an bekannt. Als sich im Laufe der Zeit das Verhältnis dieser Kindergärtnerin zu Herrn Schultz begreiflicherweise trübte, da die Frau des Geschäftsführers der Kindergärtnerin laut verkündet hatte, man habe sie doch damals „aus der Gosse gezogen", was das Anspielung auf das uneheliche Kind der Betreffenden gemeint war — da wurde auf einmal der Kindergärtnerin von ihrem Vermieter die Kündigung angedroht (und sie auf diese Weise zur Heirat gezwungen), da er erfahren habe, daß sie in „wilder Ehe" (!) lebe. Bedenkt man, daß Herr Schultz zuvor zu dieser Kindergärtnerin gesagt hatte: „Ein Wort von mir genügt, und Sie sitzen mit ihrer Tochter auf der Straße", dann liegt doch die Vermutung nahe, daß er hinter dieser Kündigungsandrohung steckt.

Der Ton, der in der „Kitag" herrscht, soll nur an einer kurzen Szene noch verdeutlicht werden: Eine Kindergärtnerin übt Kritik an Herrn Schultz. Er hebt den Schlüsselbund hoch, den er in der Hand hält: „Machen Sie nur so weiter — so lasse ich Sie fallen, sehen Sie!" Und — rums! — der Schlüsselbund knallt zu Boden. Darauf die andere Kindergärtnerin: „Sie vergessen, daß wir gewerkschaftlich organisiert sind!" Herr Schultz dazu: „Wenn ich Sie los sein will, werde ich Sie los. Die 1000 DM beim Arbeitsgericht zahle ich gern."

* (Und – rums!– der Schlüsselbund knallt zu Boden...) Schultz zu einer Kindergärtnerin, die ihn kritisiert hatte.

Klasse gegen Klasse:

Nach langem Schweigen sind die Gewerkschaften nun gezwungen zuzugeben, daß die selbstorganisierten Streiks der westdeutschen Arbeiter unvermindert anhalten. Die Zeitung der IG Metall, „Metall", zählt in ihrer neuen Nr. 40 folgende, wenn auch längst nicht alle Streiks auf:

● In der Maschinenfabrik Krupp in Essen streikten 150 Arbeiter 2 Stunden.

● In der Widia-Fabrik von Krupp in Essen traten 450 Arbeiter in einen 2½stündigen Ausstand.

● In der Kruppschen Gießerei in Essen kam es zu einer Arbeitsniederlegung von 2¾ Stunden. Ca. 180 Arbeiter streikten dort.

● Bei van Eupen in Essen legten 80 Arbeiter für drei Stunden die Arbeit nieder.

● Bei Peter Wolters in Mettmann streikten 35 Arbeiter eine Stunde.

● Einen Streik von fast einer Woche gab es bei John Deere in Zweibrücken.

● Bei Güldner in Aschaffenburg kam es zu einem Streik von 2½ Stunden.

● Für drei Tage legten die Arbeiter der Firma Schürmann in Greste die Arbeit nieder.

Um ihre Isolation von den Massen der Arbeiter und Angestellten zu verheimlichen, behauptet die IG Metall, „in mehreren Fällen" in die Streiks als „Vermittler" eingeschaltet worden zu sein.

RENAULT 4

Der sicherste Wagen ist der mit der sichersten Straßenlage.

Das ist das Konstruktionsprinzip des Renault 4. Wir wissen, was ihn zum meistgekauften 850er machte: Der robuste und millionenfach bewährte Motor. Und seine Wirtschaftlichkeit. 845 ccm, 26 PS, 5 Türen, 6,4 l/100 km.

C. M. SCHÖTTELDREIER
4630 BOCHUM
Herner Straße 107 · Telefon 1 43 36

In der Bundesrepublik gibt es über 1300 Renault-Servicestationen

was trinken wir?

Schultheiss Bier

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

Achtung Studenten!
Billiger Marken-Kraftstoff
ADLER-STATION
WERNER LEDWOCH
463 Bochum, Telefon 3 66 83, Wasserstraße 107
Benzin 50,9 — Super 57,9 — Diesel 51,9
Kleine Reparaturen — Reifen- und Batterie-Dienst — Wagen waschen

US VERKAUF
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

Münzen- u. Briefmarkenfachhandel
RITTER
435 Recklinghausen, Martinistraße 11 gegenüber Hauptbahnhof
Telefon: 2 35 57
ANKAUF - VERKAUF - VERSAND

Jetzt kaufen
kohlhammer-skript
von Münch
Leitsätze
zum Staatsrecht
120 S., Kt. DM 7,80
Raisch
Leitsätze
zum Handels- und Gesellschaftsrecht
152 S., Kt. DM 9,80
Kohlhammer Stuttgart

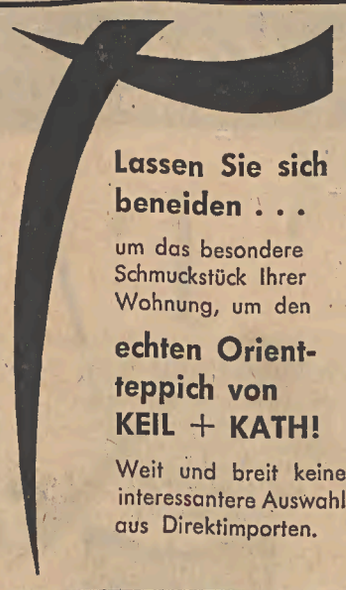
Blumen-Center
– Keramik
– Kerzen
– Balkonbepflanzung
Hustadtring 53 · Tel. 51 40 29

Schuhe von
H. G. Ries
Ladenstraße Uni
Schnelle, preisgünstige Schuhreparaturen

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

Contacta Institut
Bochum Kortumstr. 45 I. Etage
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

E1 DISCOTHEK
BOCHUM EUROPAHAUS RUF 67206
Der moderne Dancing Club
Mittwoch Hitparade
Jeden Monat Stargastspiele
Für Studenten Eintritt frei!



Lassen Sie sich beneiden . . .
um das besondere Schmuckstück Ihrer Wohnung, um den
echten Orientteppich von KEIL + KATH!
Weit und breit keine interessantere Auswahl aus Direktimporten.
Ein guter Rat: Teppiche von KEIL & KATH
BOCHUM
Bongardstraße 28 (an der Paulus-Kirche)

...auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer" sogar recht. Jeden Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt.

Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt!

Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.

Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 62, Telefon 2 04 01
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.-G. Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Telefon 6 05 46—48

Kambodscha-Resolution

Die Studenten auf dem Solidaritäts-Teach-in am 14. 5. erklären: Wir unterstützen den Solidaritätsaufruf unserer amerikanischen Kommilitonen und Genossen. So wie unsere amerikanischen Kommilitonen Seite an Seite mit dem amerikanischen Proletariat, insbesondere mit schwarzen Arbeitern, gegen das weltweite System der Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen, so müssen wir entschlossen die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Imperialismus unterstützen!

Wir solidarisieren uns mit den Arbeitern und Studenten auf der ganzen Welt, die gegen die US-amerikanische Aggression in Kambodscha protestieren. Wir solidarisieren uns mit den Arbeitern und Studenten in den USA, die gegen den zunehmenden Terror in den USA, der sich in der Ermordung der 4 Studenten in Kent und in dem Mord an 6 schwarzen Arbeitern zeigt, ihren Kampf aufgenommen haben. Wir solidarisieren uns mit den Berliner Genossen gegen den brutalen Polizeiterror!

Wir solidarisieren uns mit allen unterdrückten Völkern der Welt, vor allem mit dem heroischen Kampf des kambodschanischen und vietnamesischen Volkes gegen den Weltfeind Nr. 1. den US-Imperialismus! Ebenso wie wir den Überfall der USA auf Kambodscha, Vietnam und Laos verurteilen, so verurteilen wir die Aggressionsakte der Sowjetunion gegen die Tschechoslowakei und gegen die VR China. Es gibt keine „begrenzte Souveränität sozialistischer Staaten".

Diese Solidarität gilt es, in den organisierten Kampf gegen die Auswirkungen und gegen die Agenturen des Imperialismus in der BRD umzuwandeln!

Nieder mit Nixon! Kampf dem faschistischen Terror in den USA! Kampf dem US-Imperialismus! Kampf dem Sowjet-Imperialismus! Für den Sieg im Volkskrieg in Kambodscha, Vietnam und ganz Indochina! Für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Studenten gegen den westdeutschen Imperialismus!

Diese Resolution wurde auf dem Teach-in am 14. Mai von den Kommilitonen mit rund 75 % der Stimmen angenommen.

Ein Rechtsgut ist, was gut rechts ist

Die Kritik des juristischen Studiums muß ausgehen von der herrschaftsstabilisierenden Funktion der Justiz und der Rechtswissenschaft. Die Rote Zelle Rechtswissenschaft hat begonnen, Papiere über Wohnrecht, Staatsrecht, zur Eigentumsfrage, zum Jugendarbeitsschutzgesetz, zum Betriebsverfassungsgesetz, Ausländerrecht und Mietrecht auszuarbeiten, um dort konkret die Verfügbarkeit der Gesetze und der Rechtsprechung nachzuweisen. In der Folge wird von dieser These ausgegangen, die hier nur an einem Beispiel verdeutlicht werden soll: Der Betriebsrat ist nach dem Betriebsverfassungsgesetz (§ 49) zur Friedenspflicht gezwungen. Er muß zum Wohl des Betriebes und unter Berücksichtigung des Allgemeinwohls mit dem Unternehmer vertrauensvoll zusammenarbeiten und alles unterlassen, was die Interessen des Kapitalisten stört. Ein Betriebsratsmitglied verstößt gegen die vertrauensvolle Zusammenarbeit, wenn er z. B. eine angeordnete Produktivitätssteigerung (Erhöhung des Arbeitstempos, der Fließbandgeschwindigkeit usw.) be- oder verhindert, wenn er ein Flugblatt verteilt, das gegen den Unternehmer oder den Unternehmerverband gerichtet ist, wenn er Lohnlisten an Betriebsgruppen weitergibt oder ‚Betriebsgeheimnisse' publik macht.

Jurastudenten wehrt Euch!

Der „Betriebsfrieden", die „friedliche" Ausbeutung, wird nicht erst gestört, wenn ein Streik im Gang ist, oder dazu aufgerufen wird, sondern durch jede Maßnahme, die geeignet ist, den Unternehmer, die Betriebsleitung unter Druck zu setzen, also immer dann, wenn Arbeiterinteressen vertreten werden.

Die Friedenspflicht und das gesamte Betriebsverfassungsgesetz, das dem einzelnen Arbeiter ähnliche Verpflichtungen auferlegt, ist damit ein rechtliches Instrument der Unternehmer, klassenkämferische Auseinandersetzungen in ihren Betrieben zu unterdrücken, was immer noch besser aussieht, als gleich den Werksschutz oder die Polizei einzusetzen.

Im Wintersemester 1968/69 bildete sich an der RuBo die Basisgruppe Rechtswissenschaft. Die Verschulung des Studiums, ein nach wissenschaftlichen Maßstäben nicht begründbares Übungssystem, die (aufgrund dieser Aktivitäten abgeschaffte) Zwischenprüfung und vor allen Dingen die Begriffslosigkeit der Rechtswissenschaft für ihre gesellschaftliche Bestimmtheit waren die Ansatzpunkte der Kritik. In den Vorlesungsdiskussionen und anhand der eigenen Erfahrungen stellte man fest, daß das verbal geforderte Problembewußtsein der Juristen, ihr Wissen nicht nur um den „objektiven Tatbestand" „rechtlich" zu bewertender Fälle, sondern auch um die psychologischen, ökonomischen und soziologischen Bedingungen ersetzt wird durch die kritklose Rezeption von „herrschenden Meinungen," die auf ihre soziale Funktion hin nie befragt werden, und durch das Streben nach einer „brillianten" Subsumtionstechnik.

Dahinter steht der zumeist unartikulierte Vorbehalt von der „Neutralität", quasi „Jenseitigkeit" des Rechtes. Die Basisgruppe formulierte damals: „Der Zuschnitt des Faches selbst züchtet den Typus eines im Letzten grundsatzlosen Gesetzespositivisten, der auf eine problemlose Manier dem Satz huldigt, wonach das Vorhandene zugleich das Vernünftige ist."

In dieser Zeit wurden innerhalb der Basisgruppen die ersten genaueren Analysen der Bedingheit des Rechtes durch die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Herrschenden angefertigt, die insofern eine Weiterentwicklung der Position mit sich brachten, als zum einen die Berufsperspektive als fungibler Handlanger im wenig Spielraum gewährenden Apparat problematisiert wurde, und zum anderen die Auseinandersetzung mit den Liberalen und Sozialdemokraten die Aufhebung der Basisgruppen bedeutete. Die SPD-Juristen hatten ihre reformistische Konzeption in einem ausführlichen Papier zur Studienreform „klar" dargelegt. Mit ihrem Reformvorschlag wollten sie verhindern, daß der Jurist", durch die Ausbildung bedingt, zum ausführenen Organ der momentan herrschenden Klasse herabgewürgt wird."

Die Kritik an dieser Position, die den Herrschaftscharakter des Rechtes **hauptsächlich** auf die Ausbildung der Juristen zurückführt, führte zur Zusammenfassung der sozialistischen Juristen in der roten Zelle im Herbst des Jahres.

Konkret war diese Auseinandersetzung zunächst innerhalb der studentischen Fraktion der Abteilungsversammlung geführt worden. Die Mitglieder der roten Zelle legten dort radikaldemokratische Richtlinien für eine Umstrukturierung der Abteilung vor, die bei der Professorenschaft weitgehend auf schärfste Ablehnung stießen.

Es wurde unter anderem gefordert, die Gremien ohne paritätische Begrenzungen von der Vollversammlung wählen zu lassen, die Forschungsvorhaben zu kontrollieren, sämtliche Abteilungsfinanzen von den gewählten Gremien verwalten zu lassen und selbständige studentische Arbeitsgemeinschaften einzurichten. Mit diesen Forderungen sollte eine politische Diskussion über die Verhältnisse an der Abteilung in Gang gebracht werden. Zu Beginn dieses Semesters wurde der letzte Versuch unternommen, diese Konzeption wenigstens teilweise durchzusetzen. In Verhandlungen zwischen Assistenten und Studenten wurde ein Kompromißpapier mit neuen Grundsatzforderungen zusammengestellt.

Man ging auf die Drittelparität zurück, jedoch sollten sich alle Kandidaten der Vollversammlung und damit einer politischen Diskussion stellen. Die Forschungskontrolle wurde aufgrund der gesetzlichen Vorschriften auf eine Registrierung reduziert, so daß die Professoren keine Befürchtungen bei der Beschaffung und Ausführung der Aufträge zu haben brauchten.

An der bornierten Haltung der Reaktionäre scheiterte selbst dies noch, da die Professoren auf einem ständischen Wahlmodus beharrten: der Wahl der „Repräsentanten" durch die jeweiligen Gruppen. Nicht einmal die Drittelparität sollte mehr zugestanden werden.

Die Satzungsarbeit wurde daraufhin eingestellt. Zwar versuchten die Professoren inzwischen krampfhaft, Reformvorschläge zu erarbeiten, aber auch das kann über die Wirklichkeit nicht hinwegtäuschen.

So schien man z. B. jetzt einer alten Forderung der Studenten nachzugeben: einem Lehrauftrag für Rechtssoziologie. Beim näheren Hinsehen entpuppte sich der vorgesehene Herr Ballweg als Fachidiot par Excellence. Der Ausgangspunkt seiner Dissertation „Zu einer Lehre von der Natur der Sache" bildet der Peloponnesische Krieg von Thukydides. Auch er kann nicht leugnen, daß es einer freien Entfaltung der Persönlichkeit entgegenwirkende gesellschaftliche Hindernisse gibt, aber „der Mensch erfährt seinen schöpferischen Auftrag aus der Wirklichkeit seines Daseins selbst, wobei die teilweise Ungeordnetheit des Daseins die Aufforderung zu dessen gestaltender Prägung durch den Menschen enthält, und andererseits die dem Dasein innewohnenden Ordnungsstrukturen ihm Leitbilder zu dessen Bewältigung an die Hand geben."

Veränderungen innerhalb des Studiums können nur durch organisierten Druck erreicht werden.

Dabei muß gewährleistet sein, daß die Überbaufunktion des Rechtes ständig aufgedeckt wird und der sozialististisch politisierbare Teil der Studentenschaft in Schulungs- und Arbeitsgruppen organisiert wird.

Die Hauptaufgabe liegt jedoch darin, die vorhandenen jursistischen Kenntnisse Organisationen zugänglich zu machen, die den antikapitalistischen Kampf in Betrieben, Institutionen und Stadtteilen vorantreiben. Dabei ist es auch wichtig, daß falsche Bewußtsein von Recht und Gericht als gerechten Konfliktlösern aufzudecken, das heißt einen Teil zur Zerstörung falschen Legalitäts- und Legitimitätsdenkens bei den Lohnabhängigen beizutragen. Zweck der Analysen ist es: die bisher erkämpften Grenzen der Willkür in den verschiedenen Bereichen aufzuzeigen, aber auch Hilfestellung zu geben, wie die verbliebenen Rechte ausgenützt werden können.

Rote Zelle Rechtswissenschaft

Ein Spiel mit Namen Drittelparität

Wer erinnerte sich nicht an die reaktionäre Haltung des Rektorats beim Streik gegen das Hochschulgesetz? Schlug sich der Rektor damals doch mit Bravour auf die Seite der Landesregierung, der Kühn, Lübbe und Co., und versuchte mit allen Mitteln gegen den Streik der Studentenschaft vorzugehen. Um so verwunderter nahmen wir — d. h.: der AStA— vor einiger Zeit davon Kenntnis, daß derselbe Rektor nunmehr gegen das HSG „kämpfen" will. Herr Feillard hat einen „Eskalationsplan" zur Durchsetzung eines alten Zieles, der Beibehaltung der Bochumer Verfassung durch eine sog. „Öffnungsklausel" zim Hochschulgesetz, an.

Dieser „Eskalationsplan" gipfelte in dem Plan eines „Generalstreiks" aller Mitglieder der Universität, was also die Mitwirkung der Studenten bei Durchsetzung des Faillard'schen Planes unbedingt miteinschließt. Wenn wir hier Stellung beziehen wollen zu diesem Plan, so ist unsere Frage, wie die tatsächlichen Auswirkungen und nicht die juristisch-verbalen der Beibehalder Verfassung sind, oder

Wem nützt der Faillard-Plan?

Zusammenfassend die wesentliche Bedeutung der Bochumer Verfassung:

a) In paritätisch besetzten Gremien sollen die Vertreter aller Mitgliedergruppen die Universität verwalten.

b) Die Verfassung „betont" — von einem „wertfreien" Standpunkt — die gesellschaftliche Relevanz der Wissenschaft,

c) sie räumt den Studenten das Recht der Lernfreiheit, sowie die Beteiligung an der Forschung, die „gleichberechtigte" Beteiligung am Wissenschaftsprozeß ein

d) und sie „garantiert" in engem Rahmen die „Kontrolle" von Auftragsforschung.

Die Demagogie bei letztgenanntem Punkte läßt sich an der Praxis der Universitätskommission für Forschung ersehen: Kontrolle ist praktisch nicht möglich. (Hierzu erscheint in den nächsten Tagen eine AStA-Dokumentation.)

Die Demagogie der unter Punkt c) genannten Regelung entlarvte der Schöpfer der Verfassung, Biedenkopf, vor einiger Zeit selbst: Während Herr B. in einer Komission des UP an einer Stellungnahme zzm HSG mitarbeitete, die u. a. den Punkt c) herausstellte, erklärte derselbe B. in einer Fakultätssitzung der juristischen Abteilung zur selben Zeit, daß die Mitbestimmung der Studenten am Wissenschaftsprozeß gegen die Freiheit von Forschung und Lehre, gegen Art. 5 Grundgesetz mithin, verstoße. Herr B. hat recht. Was die gesellschaftliche Relevanz der Wissenschaft angeht, so brauchen wir wohl nicht weiter darzulegen, daß in dieser Gesellschaft „Fortschritt" immer: „fortschrittlichere" Ausbeutungsmethoden bedeutet, daß jeder wirkliche Fortschritt — sei er noch so unbedeutend — sofort unterdrückt werden muß. (Man denke nur an das Beispiel des Kinderladens der Roten Zelle Psychologie in Westberlin.)

Was bleibt außer Demagogie an der Verfassung übrig? Die paritätische Mitbestimmung in Uniparlament und Abteilungsgremien, der Senat, der Dekane, die Verwaltung des Haushaltes durch die Unibürokratie und die verfaßte Studentenschaft zwecks Teilnahme an der Schülermitverwaltung der Universität.

Über allem thronht der Kultusminister, der insbesondere über die §§ 48, 49, des HSG in die Uni hineinregiert (Genehmigung der Abteilungssatzungen, von **Prüfungs- und Studienordnungen, Anordnung von Zulassungsbeschränkungen** u. a. m.).

Die paritätische Mitbestimmung ist also ebenfalls nichts anderes als ein demagogischer Trick; die schönste Studienordnung nutzt uns nichts, wenn sie in Düsseldorf nicht genehmigt wird. Wem nützt demnach der Faillard-Plan, die Öfnungsklausel im HSG?

Sie nützt objektiv den Universitätsformierern, die unter der Tarnkappe von sog. demokratischen Satzungen den Studenten ein X für ein U vormachen wollen, die immer noch glauben, wir fielen, wie gewisse SHB-Opportunisten bei der Verabschiedung der Biedenkopf-Verfassung, auf ihr Geschwätz herein.

Die Wirklichkeit sieht so aus: „Reform der Studiengänge — Langfristiges Ziel: Konzentration des Studiums-Maßnahmen bis 1975: u. a. Einführung des Studienjahres. Studiengeratung: Der Studienberater ist für die fachliche Betreuung und Anleitung der Studierenden verantwortlich — Langfristiges Ziel: Orientierung im Studium — Maßnahmen bis 1975: Berufung hauptamtlicher Studienberater." (Aus: Nordrhein - Westfalen - Programm der Landesregierung).

Dies ist ein Teil der Formierungspläne, die wir in der Kampagne gegen das HSG genauer dargestellt haben. Leugnen zu wollen, daß diese Pläne objektiv notwendig sind, weil die Wissenschaft zu einer wichtigen Produktivkraft geworden ist, und weil die Monopole und ihr Staat ein ständig wachsendes Heer von „wissenschaftlich" ausgebildeten Handlangern brauchen, dies leugnen zu wollen, heißt blind und taub sein.

Wenn wir die Augen aber nicht vor der Wirklichkeit verschließen, was kann das dann anderes heißen, als das Spielchen „Drittelparität" nicht mehr mitzumachen, auf die Vertretung durch unsere „Vertreter" zu pfeifen und unsere Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen selbst durchzusetzen.

Die Instrumente dazu sind nicht Uniparlament und Abteilungsversammlungen, sondern Fachschaften, Studienkollektive und Basisgruppen. Das sind unsere wirksamen Ausgangspositionen für den langfristigen Kampf gegen die verfaulende bürgerliche Universität.

BamS, 24. 5.

„Justizminister Jahn hat in Berlin die Polizisten in Schutz genommen und an die Richter appelliert, im Zusammenhang mit Urteilen gegen Demonstranten, unmißverständlich Entscheidungen zu treffen und die Gesetze voll auszuschöpfen ...

In der Tat scheint es unter Berlins Richtern einige zu geben, die mehr mit Demonstranten als mit Polizisten sympathisieren ...

Der Justizminister bat die Frauen, ihn sofort in Kenntnis zu setzen, wenn sie das Gefühl haben, daß Urteile ungerecht sind. ‚Ich werde dann sofort eingreifen.' Jahn fügte hinzu:

‚Durch die neue Demonstrationsgesetzgebung ist den Richtern grundsätzlich die Arbeit leichter gemacht worden.' Es kommt nun darauf an, daß sie die Gesetze auch anwenden und klare Entscheidungen fällen."

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (C. Ebner; C. Holtgreve; G. Kasper; M. Starostik).

Redaktion: Kaspar Henrichs, Werner Lehrke, Norbert Otte, Jörg Reimann, Hamid Sadik Salman.

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)

Auflage: 8000 Exemplare
Anzeigenleitung: BSZ-Redaktion
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66. Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

Jetzt kaufen
kohlhammer-skript
von Münch
Leitsätze
zum Staatsrecht
120 S., Kt. DM 7,80
Raisch
Leitsätze
zum Handels- und
Gesellschaftsrecht
152 S., Kt. DM 9,80
Kohlhammer Stuttgart

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Lennershofstraße
hinter der AStA-Baracke

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Jetzt kaufen
kohlhammer-skript
von Münch
Leitsätze
zum Staatsrecht
120 S., Kt. DM 7,80
Raisch
Leitsätze
zum Handels- und
Gesellschaftsrecht
152 S., Kt. DM 9,80
Kohlhammer Stuttgart

TOBACCO SHOP
Pfeifen – Tabak – Zeitschriften – Lotto
Ladenstraße an der Uni

Der Treffpunkt für in- und ausländische Studenten
im
·PUNKT·
Bochum, Hans-Böckler-Straße 26 · Telefon 1 46 32
Täglich von 12.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr
nachts geöffnet / Normale Preise

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Im Ausschank:
Coca Cola, Sprite eiskalt

Kunstgewerbe
Schreibwaren
Hustadtring 53
Rosemarie Wortmann

Uni Grill
Inh.: Bodo Vigano
Hustadt, Auf d. Beckenberg 19
bietet:
Hähnchen . . . . 2,50 DM
Curry-Wurst . . . 1,30 DM
Schaschlik . . . . 1,40 DM
und andere Spezialitäten
Geöffnet täglich
von 17.00 bis 22.30 Uhr

Der Augen Wille:
die Heinen · Brille
Bochum, Kortumstraße 45
u. Ruhrpark-Einkaufszentrum